



Samstag, 07. Februar 2026, 15:58 Uhr
~7 Minuten Lesezeit

Abhängigkeit als Geschäftsmodell

Wie Regulierung, Importpolitik und Zentralisierung die Ernährung aus der Hand der Menschen nehmen.

von Günther Burbach
Foto: New Africa/Shutterstock.com

Ernährung gilt in modernen Gesellschaften als Selbstverständlichkeit. Supermärkte sind gefüllt,

Lieferketten funktionieren, Lebensmittel erscheinen jederzeit verfügbar. Gerade diese scheinbare Normalität verdeckt jedoch einen tiefgreifenden Strukturwandel, der sich seit Jahren vollzieht. Die Art und Weise, wie Nahrung produziert, verteilt und reguliert wird, verändert sich grundlegend. Dabei geht es weniger um einzelne Verbote oder spektakuläre Eingriffe, sondern um eine schleichende Verschiebung von Zuständigkeiten, Kompetenzen und Abhängigkeiten.

Historisch war Ernährung immer auch eine Frage von Autonomie.

Regionen, Gemeinden und Haushalte verfügten über Wissen, Infrastruktur und rechtliche Möglichkeiten, sich zumindest teilweise selbst zu versorgen. Diese Fähigkeit war kein romantisches Ideal, sondern eine Form gesellschaftlicher Resilienz. Sie diente der Krisenvorsorge, der Stabilität und der Unabhängigkeit von äußeren Schocks. Mit der Industrialisierung und Globalisierung trat diese Form der Autonomie zunehmend in den Hintergrund, wurde aber nie vollständig aufgegeben.

In den vergangenen Jahrzehnten hat sich dieser Trend beschleunigt. Ernährung wird heute primär als Teil globaler Wertschöpfungsketten organisiert. Effizienz, Skalierung und Standardisierung bestimmen die Strukturen. Politisch wird diese Entwicklung begleitet und gestützt durch ein dichtes Geflecht aus Regelungen, Normen und Zuständigkeiten. Diese Regulierung ist nicht per se illegitim. Sie verfolgt Ziele wie Umwelt- und Verbraucherschutz, Lebensmittelsicherheit und Marktordnung. Doch in ihrer Gesamtheit erzeugt sie eine Wirkung, die über einzelne Zielsetzungen hinausgeht.

Ein zentrales Merkmal dieser Entwicklung ist die zunehmende Verrechtlichung der Ernährung. Produktion, Verarbeitung, Vertrieb und sogar der private Umgang mit Lebensmitteln unterliegen immer detaillierteren Vorgaben.

Genehmigungen, Nachweispflichten, Dokumentationen und Kontrollen strukturieren den gesamten Bereich. Diese Prozesse sind formal rational und nachvollziehbar. Sie schaffen jedoch hohe Eintrittsbarrieren. Wer Nahrung produzieren will, sei es im größeren oder kleineren Maßstab, muss sich durch komplexe Regelwerke bewegen.

Diese Komplexität wirkt selektiv. Große Akteure verfügen über die Ressourcen, um rechtliche Anforderungen zu erfüllen, Prozesse zu standardisieren und Risiken zu managen. Kleine Betriebe, Initiativen und private Formen der Selbstversorgung geraten dagegen unter Druck. Nicht weil sie ausdrücklich verboten wären, sondern weil der Aufwand unverhältnismäßig steigt. Autonomie wird nicht untersagt, sie wird entmutigt. Die Grenze zwischen öffentlicher und privater Sphäre verschiebt sich dabei schrittweise zugunsten institutioneller Kontrolle.

Parallel dazu verändert sich die Rolle des Staates. Er tritt weniger als Garant von Versorgungssouveränität auf, sondern als Regulator und Marktorganisator. Seine Aufgabe besteht zunehmend darin, Rahmenbedingungen zu setzen, innerhalb derer Marktakteure agieren. Die Sicherstellung von Ernährung wird dabei implizit dem Markt überlassen. Staatliches Handeln konzentriert sich auf Kontrolle und Steuerung, nicht auf den Erhalt dezentraler Fähigkeiten.

Diese Entwicklung wird durch internationale Handelsstrukturen verstärkt. Mit der Öffnung von Märkten und der Integration globaler Lieferketten verlagert sich die Herkunft von Lebensmitteln

zunehmend ins Ausland. Importabhängigkeit wird als Effizienzgewinn interpretiert. Regionale Produktion verliert an Bedeutung, wenn sie nicht konkurrenzfähig ist. Politische Entscheidungen begünstigen diese Verschiebung, indem sie Handelsabkommen priorisieren und regionale Strukturen nicht gezielt absichern.

Ein weiterer Aspekt ist die Konzentration von Eigentum und Kontrolle. Landwirtschaftliche Flächen, Produktionsmittel und logistische Infrastrukturen befinden sich zunehmend in der Hand weniger Akteure. Finanzinvestoren, Konzerne und Fonds betrachten Land und Nahrung als Anlageklassen.

Diese Perspektive verändert den Umgang mit Ernährung grundlegend. Nahrung ist nicht mehr primär ein soziales Gut, sondern ein Wirtschaftsfaktor, dessen Steuerung Renditezielen folgt.

In diesem Kontext verliert Selbstversorgung an politischer Bedeutung. Sie passt nicht in die Logik zentralisierter Systeme. Dezentrale Produktion ist schwer kontrollierbar, schwer skalierbar und entzieht sich einfachen Marktmechanismen. Aus Sicht regulatorischer Effizienz stellt sie einen Störfaktor dar. Entsprechend wird sie nicht aktiv gefördert, sondern zunehmend in rechtliche Grauzonen gedrängt. Die politische Aufmerksamkeit gilt industriellen und internationalen Lösungen, nicht lokalen.

Diese Verschiebung wirkt sich auch auf Wissen und Kompetenz aus. Wenn Ernährung primär über zentrale Systeme organisiert wird, verlieren Menschen den Bezug zu Produktion, Verarbeitung und Herkunft ihrer Nahrung. Fähigkeiten, die über Generationen weitergegeben wurden, gehen verloren. Abhängigkeit entsteht nicht nur materiell, sondern auch kulturell. Wer nicht mehr weiß, wie Nahrung entsteht, ist vollständig auf Systeme angewiesen, die er

nicht kontrolliert.

Digitalisierung verstärkt diesen Prozess. Datenbasierte Steuerung, Rückverfolgbarkeit, Plattformlösungen und digitale Identitäten werden als Fortschritt präsentiert. Sie ermöglichen Effizienz und Kontrolle, erhöhen aber zugleich die Komplexität. Zugang zu Nahrung wird zunehmend an formale Prozesse gebunden. Wer nicht in diese Systeme integriert ist oder sie nicht bedienen kann, gerät an den Rand. Autonomie wird nicht nur physisch, sondern auch administrativ eingeschränkt.

Dabei entsteht ein paradoyer Zustand. Ernährung wird als hochsensibler Bereich reguliert, gleichzeitig aber immer weiter aus der direkten Verfügung der Menschen entfernt.

Die Verantwortung für Versorgung wird formalisiert und professionalisiert, aber auch entpersonalisiert. Der Einzelne wird vom Akteur zum Konsumenten. Entscheidungen über Produktion und Verteilung liegen außerhalb seines Einflusses.

Diese Entwicklung ist kein Ergebnis eines Masterplans. Sie entsteht aus der Überlagerung unterschiedlicher politischer Ziele: Klimaschutz, Marktintegration, Sicherheit, Effizienz. Jede einzelne Maßnahme ist begründbar, doch ihre Summe erzeugt einen strukturellen Effekt. Autonomie wird nicht als Wert definiert, sondern als Risiko. Abhängigkeit wird nicht als Problem erkannt, sondern als Normalzustand akzeptiert.

Die Folgen: Wenn Abhängigkeit Normalzustand wird

Die strukturelle Verlagerung der Ernährung in zentralisierte,

regulierte und globalisierte Systeme bleibt nicht folgenlos. Sie verändert nicht nur Produktionsweisen, sondern das Verhältnis zwischen Staat, Markt und Gesellschaft. Was als Effizienzgewinn und Modernisierung erscheint, erzeugt langfristige Abhängigkeiten, die sich politisch, ökonomisch und sozial auswirken. Diese Effekte sind selten spektakulär. Sie entfalten ihre Wirkung schrittweise, im Schatten scheinbarer Stabilität.

Für landwirtschaftliche Betriebe bedeutet die fortschreitende Zentralisierung eine schlechende Entwertung ihrer Rolle. Bauern werden zunehmend zu Gliedern in Lieferketten, deren Rahmenbedingungen sie kaum beeinflussen können.

Preise, Standards, Abnahmebedingungen und Investitionsanforderungen werden extern gesetzt. Die betriebliche Autonomie schrumpft. Entscheidungen, die früher vor Ort getroffen wurden, werden heute durch Marktmechanismen und regulatorische Vorgaben determiniert. Landwirtschaft verliert damit ihren Charakter als selbstständige Wirtschafts- und Lebensform und wird zur abhängigen Produktionsstufe.

Diese Entwicklung wirkt selektiv. Großbetriebe und integrierte Unternehmen können sich anpassen, weil sie über Kapital, Rechtsabteilungen und Marktmacht verfügen. Kleinere und mittlere Betriebe geraten unter Druck. Sie stehen vor der Wahl, sich zu verschulden, zu expandieren oder aufzugeben. Der Strukturwandel wird oft als naturgegeben dargestellt, ist aber politisch gerahmt. Er ist die Folge von Entscheidungen, die Effizienz und Skalierung priorisieren und Vielfalt als Kostenfaktor behandeln.

Diese Verschiebung hat auch politische Konsequenzen. Ernährung ist ein elementares Bedürfnis. Wer die Kontrolle über Ernährungssysteme besitzt, verfügt über erhebliche Macht. In zentralisierten Strukturen konzentriert sich diese Macht bei wenigen Akteuren,

Konzernen, Finanzinvestoren, internationalen Organisationen.

Staaten geraten in eine ambivalente Rolle: Sie regulieren, kontrollieren und überwachen, verlieren aber gleichzeitig die direkte Steuerungsfähigkeit. Ihre Abhängigkeit von globalen Märkten schränkt den politischen Handlungsspielraum ein.

Besonders deutlich wird dies in Krisensituationen. Lieferkettenstörungen, Energieengpässe oder geopolitische Konflikte zeigen, wie schnell scheinbar stabile Systeme ins Wanken geraten. In solchen Momenten wird sichtbar, was im Alltag verborgen bleibt: dass Versorgungssicherheit nicht nur eine Frage von Marktlogik ist, sondern von Infrastruktur, Wissen und Autonomie. Systeme, die auf maximale Effizienz ausgelegt sind, verfügen oft über minimale Redundanz.

Ein weiterer Effekt ist die soziale Entkopplung von Ernährung. Wenn Nahrung primär als Handelsware betrachtet wird, verliert sie ihren kulturellen und gesellschaftlichen Kontext. Essen wird zur standardisierten Dienstleistung. Die Beziehung zwischen Produzenten und Konsumenten bricht ab. Vertrauen wird ersetzt durch Zertifikate, Labels und Kontrollen. Diese Instrumente schaffen formale Sicherheit, ersetzen aber keine soziale Bindung. Die Distanz zwischen Produktion und Konsum wächst.

Diese Distanz wirkt auch auf die politische Wahrnehmung. Entscheidungen über Landwirtschaft, Handel und Ernährung erscheinen technisch und abstrakt. Sie werden in Gremien getroffen, deren Arbeit kaum öffentlich wahrgenommen wird. Betroffene reagieren oft erst, wenn Strukturen bereits verändert sind. Proteste bleiben punktuell und defensiv. Die Gestaltungsmacht liegt nicht mehr bei denjenigen, die produzieren oder konsumieren, sondern bei denen, die Systeme verwalten.

Die fortschreitende Abhängigkeit beeinflusst zudem das individuelle Handlungsspektrum. Wer keine Alternativen mehr kennt oder nutzen kann, verliert die Fähigkeit zur Anpassung. Selbstversorgung, regionale Beschaffung und gemeinschaftliche Lösungen werden marginalisiert. Diese Fähigkeiten lassen sich nicht kurzfristig reaktivieren. Sie erfordern Wissen, Infrastruktur und soziale Netze. Gehen sie verloren, entsteht eine Form struktureller Ohnmacht.

Auch die Rolle des Staates verändert sich dadurch. Er wird zum Manager von Abhängigkeiten. Seine Aufgabe besteht nicht mehr darin, Autonomie zu sichern, sondern Versorgung innerhalb gegebener Systeme zu gewährleisten. Das kann kurzfristig funktionieren, bindet aber langfristig Ressourcen und politische Energie. Anstatt Gestaltungsspielräume zu erweitern, werden Risiken verwaltet. Politik wird reaktiv.

Diese Konstellation birgt demokratische Risiken. Demokratie setzt nicht nur formale Beteiligung voraus, sondern auch materielle Voraussetzungen. Wer in grundlegenden Lebensbereichen vollständig abhängig ist, verfügt über weniger Handlungsspielraum.

Entscheidungen werden als alternativlos wahrgenommen. Kritik richtet sich nicht mehr auf Gestaltungsoptionen, sondern auf Verteilungskonflikte innerhalb enger Grenzen. Der Raum politischer Auseinandersetzung verengt sich.

Die Frage nach Ernährungssouveränität ist daher keine romantische Rückbesinnung, sondern eine strategische. Sie betrifft die Fähigkeit von Gesellschaften, ihre grundlegenden Bedürfnisse unter eigenen Bedingungen zu organisieren. Internationale Handelsbeziehungen können Teil dieser Strategie sein, dürfen sie aber nicht ersetzen. Wo Abhängigkeit zum Geschäftsmodell wird, verliert Politik ihre Steuerungsfunktion.



Günther Burbach, Jahrgang 1963, ist Informatikkaufmann, Publizist und Buchautor. Nach einer eigenen Kolumne in einer Wochenzeitung arbeitete er in der Redaktion der Funke Mediengruppe. Er veröffentlichte vier Bücher mit Schwerpunkt auf Künstlicher Intelligenz sowie deutscher Innen- und Außenpolitik. In seinen Texten verbindet er technisches Verständnis mit gesellschaftspolitischem Blick — immer mit dem Ziel, Debatten anzustoßen und den Blick für das Wesentliche zu schärfen.